



16.12.2015

Debatte zum Haushaltsgesetz 2016: 100. Plenarsitzung, 16.12.2015, TOP 2

Rede von Michele Marsching, Vorsitzender der Piratenfraktion im Landtag NRW

Es gilt das gesprochene Wort

[Anrede]

Der Haushalt 2016 ist ein Haushalt der Rückwärtsgewandtheit und ein Haushalt der verpassten Chancen. Er ist die in Totholz gefasste Verwaltung des Notstands.

Wir brauchen Investition, Innovation und Integration.

Es fehlt der Landesregierung am politischen Gestaltungswillen. Dies spiegelt der Haushaltsentwurf 2016 in seiner grassierenden Konzept- und Ideenlosigkeit wider. Sie schaffen nicht die geeigneten Rahmenbedingungen für die fundamentalen Umwälzungen der digitalen Revolution.

Ihr Haushaltsentwurf ist gekennzeichnet durch mangelhafte Zukunftsorientierung. Die Landesregierung rennt nur den aktuellen Entwicklungen hinterher, anstatt die Zukunft durch entsprechende Schwerpunktsetzung zu gestalten.

Klarer Ausdruck dessen ist die geringe Investitionsquote von nur rund 9% – oder in absoluten Zahlen ausgedrückt: Nur rund 6 Milliarden Euro werden bei einem Gesamtvolumen von rund 70 Milliarden Euro für in die Zukunft gerichtete Investitionen getätigt. **91% aller im Haushalt 2016 geplanten Ausgaben sind rückwärtsgewandt!**

Dabei wäre gerade jetzt der richtige Zeitpunkt, um einen auf die Zukunft ausgerichteten Haushalt – und zwar einen Haushalt der Investitionen und Innovationen vorzulegen. Unser Land braucht mehr Investitionen vor allem in die digitale Infrastruktur und verstärkt Ausgaben im Bildungssektor.

Bei historisch niedrigen Zinsen wäre all das zum Nulltarif finanzierbar, beziehungsweise – diese zusätzlichen Staatsausgaben wirken wie Konjunkturprogramme, was wiederum die staatliche Einnahmenseite positiv beeinflusst.

Generationengerechtigkeit wird nicht nur durch staatliche Verschuldung beeinträchtigt. Besonders ungerecht ist es, wichtige Investitionen in die Zukunft zu unterlassen. **Diese Landesregierung macht sich mit dem von ihr vorgelegten Haushaltsentwurf der Unterlassung gegenüber kommenden Generationen schuldig!** Die etablierte ökonomische, politische und soziale Struktur ist inkompatibel mit dem Stand der Technologie und den daraus resultierenden gesamtgesellschaftlichen Veränderungen.



Fortschreitende Digitalisierung führt unter den jetzigen Bedingungen zu einer Verlagerung von Arbeit zu Kapital.

Ob Roboter oder Algorithmen; immer mehr Arbeitsplätze werden durch die Digitalisierung automatisiert. Dabei sind weite Teile der sozialen Sicherungssysteme auf dem Stand der 1970er Jahre. Abzusehen ist heute schon, dass in der Phase des Übergangs in die digitalisierte Lebenswirklichkeit mindestens ein Drittel aller herkömmlichen Arbeitsplätze, so wie wir sie bisher gekannt haben, vom Wegfall bedroht sind. Dies betrifft nicht nur Beschäftigungsverhältnisse mit simplen Tätigkeiten, sondern auch die Arbeitsplätze von höher und vermeintlich hoch qualifizierten Menschen.

Aktuell ist die öffentliche Hand überhaupt nicht vorbereitet auf die technologischen Umwälzungen und deren Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur in NRW, in der Bundesrepublik und in der ganzen Welt.

Mit dem Einzug der „Künstlichen Intelligenz“ in alle Lebensbereiche werden in den nächsten Jahren sämtliche Strukturen unserer sozialen Sicherungssysteme in Frage gestellt. Die Besteuerung des Faktors Arbeit alleine wird nicht mehr ausreichen, um die nötigen Mittel aufzubringen, eine lebenswerte Welt mit sozialer Teilhabe bis ins hohe Alter zu gewährleisten.

Dabei könnten die notwendigen Steuermittel durchaus generiert werden, wenn wir wieder zum Prinzip der Einheitlichkeit der Besteuerung zurückkehren.

Das bedeutet insbesondere die Rücknahme jeglicher Privilegien bei der Besteuerung von Kapitalerträgen, sowie die Bekämpfung der Ausnutzung von ruinösen Steuervermeidungsstrategien.

Außerdem müssen wir der steigenden Bedeutung von immateriellen Gütern wie Software und digitalen Dienstleistungen im Steuer- und im Sozialsystem Rechnung tragen.

Dieses wäre ein erster Schritt, hin zu einer auskömmlichen Finanzierung der öffentlichen Hand über die Abschöpfung einer „Digitalisierungsdividende“.

Wir brauchen eine Antwort auf diese Entwicklung bevor unsere Gesellschaft, wie wir sie heute kennen auseinanderbricht. Auf der einen Seite steht die immer weiter aufgehende Schere bei der Verteilung von Einkommen.

Auf der anderen Seite wird es in Zukunft darum gehen, wie wir die enormen Effizienzsteigerungen aufgrund der Digitalisierung von Arbeit sinnvoll zum Wohle Aller in der Gesellschaft einsetzen.

Wir wollen die „Digitalisierungsdividende“ nutzen, um ein sozial gerechtes bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) zu finanzieren.

Nur mit dieser Kombination an konkreten Maßnahmen kann Nordrhein-Westfalen mittel- bis langfristig für die Menschen lebenswert bleiben.



Der Haushalt der Zukunft muss seinen Fokus auf Investitionen, Innovationen und Integration legen.

Investitionen:

Schnelles Internet ist heutzutage kein Luxus, es ist die Grundlage für eine moderne, vernetzte Informations- und Wissensgesellschaft. Die Datenmengen wachsen Jahr für Jahr exponentiell. Nur mit Highspeed-Zugang zum Internet können sich Unternehmen in der rasant wachsenden digitalen Wertschöpfungswelt behaupten.

Nur mit schnellem Internet können Arbeitnehmer und Selbstständige von zu Hause aus komplexe Produkte mitgestalten. Ein schnelles und freies Internet ist einfach die Basis für viele unserer heutigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozesse.

Kurz gesagt, das digitale Zeitalter ist voller Chancen und voller Möglichkeiten. Lassen sie uns diese nutzen! **Die #Glasfaserrebellion hat begonnen!**

Es gibt nur ein Problem, wir brauchen eine neue digitale Infrastruktur. In der Erde liegen derzeit noch die alten Kupferkabel, der Technikstandard aus dem 20. Jahrhundert. Diese müssen ersetzt werden durch moderne Glasfaserleitungen auch wenn sie es langsam nicht mehr hören wollen.

Wenn wir dies zügig und flächendeckend machen, wird Nordrhein-Westfalen zu der digitalen Spitze in Europa gehören, wenn nicht, werden wir abgehängt. Das ist das kleine 1x1 der digitalen Infrastruktur. Eigentlich ganz einfach!

Wer aber meinen Vorrednern zugehört hat, wer die Stellungnahmen der Landesregierung kennt, der weiß, hinter all der „4.0-Rhetorik“ steht nichts anderes als das Eingeständnis des Scheiterns: sie wollen noch jahrelang auf die alte Kupfertechnologie setzen. Das ist der breitbandpolitische Offenbarungseid. **Deswegen leben wir in der Glasfaserwüste NRW!**

Die einzige Ausnahme die sie machen wollen, ist Glasfaser für Gewerbegebiete. Da zeigt sich mal wieder, wie strukturkonservativ sie eigentlich sind! Sie glauben doch nicht im Ernst, dass sich das größte Potenzial der digitalen Wertschöpfung in altbackenen Gewerbegebieten befindet?!

Wer wirklich eine neue Gründerkultur schaffen möchte, wer es ernst meint mit der Förderung von kreativen Startups, wer die Mehrzahl der Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe ins digitale Zeitalter mitnehmen möchte, der baut auf ein flächendeckendes Glasfaser-Gigabit-Netz!

Wir lassen uns nicht von der vermeintlichen Alternativlosigkeit der Landesregierung blenden, eine bessere Infrastrukturpolitik **ist machbar!**

Die aktuelle Mikus-Studie hat ausgerechnet: Ein flächendeckendes Glasfasernetz in NRW kostet 8,6 Mrd. Euro. Diese Zahl scheint nur auf den ersten Blick groß, denn dadurch wird eine



nachhaltige Infrastruktur aufgebaut, die 20 Jahre oder länger hält. Auf diese Zeitperiode gestreckt handelt es sich in Wahrheit nur um Kosten von 2 Euro pro Bürger pro Monat.

Und sie sagen, das können wir uns nicht leisten? Wir PIRATEN wehren uns gegen diese vermeintliche Alternativlosigkeit!

Wenn private Unternehmen Glasfaser ausbauen, okay...! Wenn nicht, versetzt unser Antrag über jährlich 860 Mio. Euro die Kommunen in der Lage, flächendeckende Glasfasernetze zu bauen und sie dann an Telekommunikationsunternehmen zu vermieten.

Das Geld ist also nicht weg, es kommt in Form von Pachtgebühren wieder rein. Das nennen wir sinnvolle Zukunftsinvestition!

Diese Landesregierung besitzt keine Gestaltungskraft! Sie verwaltet nur noch und investiert nicht mehr!

Aber noch schlimmer als ihre Tatenlosigkeit ist ihr Festhalten an der Vectoring-Technologie. Vectoring funktioniert nur, wenn der Wettbewerb ausgeschaltet und lokale Monopole geschaffen werden. Wir dachten, die Zeit des Post-Telefon-Monopols sei vorbei, stattdessen beschenken sie der Telekom hier ein riesiges Weihnachtsgeschenk!

Neben der angesprochenen Monopolbildung, untergräbt Vectoring auch die wirtschaftliche Tragfähigkeit aller Initiativen, die sich vor Ort für nachhaltige Glasfasernetze einsetzen.

Wir PIRATEN setzen auf dezentrale Gigabit-Netze in Kommunal- oder Bürgerhand. Mit uns ist eine Re-Monopolisierung der Netze nicht zu machen!

(Digitale Bildung)

Digitale Revolution dreht sich aber nicht nur um die technologische Entwicklung, sondern auch um gesellschaftliche Entwicklungen. Deshalb ist es nicht damit getan, Glasfaser in jedes Haus zu verlegen. Auch gesellschaftliche Prozesse brauchen Unterstützung. Wir müssen diese bewusst und planvoll begleiten, so dass alle Menschen davon profitieren können. Als allererstes ist hier die Bildung zu nennen.

In der Bildung müssen heute Antworten gefunden werden für das Leben und Arbeiten im Morgen. Es ist absehbar, dass wir noch viel mehr Wert auf Bildung legen müssen. In der Arbeitswelt ist die Automatisierung das Thema der digitalen Revolution. Routinetätigkeiten werden mehr und mehr von Maschinen erledigt und für die Menschen bleiben die anspruchsvollen Aufgaben.

Deshalb sind selbstständiges Handeln, Innovationskraft und Kreativität gefragt – und zwar mehr denn je! Deshalb muss die Schulbildung hier besser werden. Und deshalb müssen wir alles tun, um den Bildungserfolg der benachteiligten Kinder und Jugendlichen zu fördern. Wir müssen früh ansetzen, weshalb wir die Bedingungen an den Grundschulen in den Blick nehmen müssen und gute Ganztagsangebote brauchen.



Die digitale Revolution stellt auch die Frage nach dem Lernen neu. Was sollte gelernt werden? Wie soll gelernt werden?

Die Landeregierung geht diesen Fragen jetzt endlich nach. Wir sind gespannt, was für Antworten sie in ihrem Beteiligungsverfahren „Bildung 4.0“ bekommt und welche Schlüsse sie daraus zieht. Aber wir möchten ihnen schon heute einen kurzen Eindruck vermitteln, was wir PIRATEN in diesem Zusammenhang als notwendig ansehen: Medienbildung, informatische Grundbildung und digitales Lernen.

Medienbildung gewährleistet den kompetenten Umgang mit der allgegenwärtigen vernetzten Kommunikation. Mittlerweile sollte dies allgemein anerkannt sein! Daraus müssen wir aber auch Konsequenzen ziehen und verbindliche Angebote der Medienbildung in allen Schulformen entwickeln. Dabei ist die Ausbildung von Medienkompetenz ein Ziel, aber nicht das Einzige.

Auch über die eigene Mediennutzung und deren Konsequenzen nachzudenken, müssen wir vermitteln.

Für eine souveräne Nutzung ist aber auch das nicht ausreichend! Darüber hinaus müssen wir Wege finden, um eine informatische Grundbildung zu entwickeln. Denn ohne Kenntnissen der technischen Grundlagen kann man nur wischen und chatten, nur klicken und shoppen.

Es geht aber darum, junge Menschen in die Lage zu versetzen, digitale Angebote selbst zu entwickeln. Und ihnen die Chance zu geben, zu Gestaltern der digitalen Zukunft zu werden, statt konsumgeile Facebook-Opfer zu bleiben.

Auch das Lernen selbst muss weiterentwickelt werden. Es geht darum, digitale Medien sinnvoll im Unterricht einzusetzen. Wenn die Schule von den Kindern und Jugendlichen mehr und mehr als analoges Paralleluniversum erlebt wird, ist das wenig hilfreich. Die Kluft zwischen Schule und Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen darf nicht zu groß werden.

Außerdem ist es wichtig, dass Schülerinnen und Schüler die neuen Medien als Arbeitsgeräte kennenlernen und ihren Gebrauch praktisch einüben. Hierfür sind Investitionen an den Schulen notwendig. Die Schulträger, meist die Kommunen, brauchen zuverlässige Rahmenbedingungen, um diese Investitionen anzugehen.

Open Source Software, offene Formate und der Einsatz von Lernmaterialien unter freier Lizenz sind für das digitale Lernen besonders geeignet. Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass wir zu frei lizenzierten Lernmitteln (OER) wechseln sollten und dass die gewaltigen Summen, die Schulträger und Eltern für Schulbücher aufbringen müssen, anderweitig besser eingesetzt werden können.

Die Vorteile von OER sind besonders im Bereich der Integration sehr offenkundig, denn wir haben keine Zeit, jetzt noch auf die ewig dauernde Erstellung von Schulbüchern und Lernmaterialien zu warten, die Flüchtlinge sind JETZT hier, genau wie die offenen Lernmittel JETZT schon genutzt werden könnten.



Wo ich bei den Ausgaben für Flüchtlinge und Integration bin: Heute werden für 2016 Ausgaben von mehr als vier Milliarden Euro für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge verabschiedet.

Heute beschließen und im nächsten Jahr finanzieren wir dann Maßnahmen wie z. B. ein Städtebau-Sonderprogramm, erhöhen die Pauschale nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz und fördern die medizinische, soziale und rechtliche Betreuung der Schutzsuchenden in Nordrhein-Westfalen.

Diese Finanzierung ist schon lange überfällig und wir Piraten sind sicher, dass diese Summe niemals so hoch ausgefallen wäre, wenn Sie sich früher um die Flüchtlingssituation gekümmert hätten.

Sie könnten hier Fehlerkultur vorleben, aber die geht dem Innenministerium und der Bezirksregierung Arnsberg sowieso völlig ab. Sie könnten die Wahrheit sagen: Die Kosten sind in dieser Höhe entstanden, weil wir uns jahrelang nicht um die Flüchtlingsaufnahme gekümmert haben und diese Versäumnisse nun aufholen müssen. Es ist doch ganz einfach: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, ist es tausendmal schwieriger, es wieder herauszuholen. ...und außerdem ist das Kind dann tot, aber tote Kinder kennen wir ja... aus dem Mittelmeer!!

Eine vorausschauende Politik und Planung hat es im Bereich der Flüchtlingsaufnahme – trotz all unserer Warnungen und aller Hinweisen auf die Experten – bisher nicht gegeben. Deshalb handelt es sich bei ihrem Haushalt für das Jahr 2016 um einen Haushalt der Versäumnisse.

Die Kosten der Amtshilfe-Ersuche, der Um- und Ausbauten der Unterkünfte, die Leihgebühren für Zelte, Container, Hostels, Hotels usw.; die Kosten der Krisenstäbe, der Sitzungen, der Beratungen – fallen ungefähr doppelt so hoch aus wie eine Neukonzeption der Flüchtlingsaufnahme, die wir schon 2012 gefordert haben. Sie erzählen uns hier seit Jahren, dass sie froh sind, Obdachlosigkeit bisher vermieden zu haben.

Aber was ist das für eine Zukunftsvision?

Wo sind Ihre Konzepte?

Wo sind die Neubauten?

Wo bleibt der versprochene Paradigmenwechsel?

Ein paar warme Worte und unverbindliche Versprechungen aus ihrem Eckpunktepapier zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen – das reicht schon lange nicht mehr.

Wir können und wir wollen nicht mehr warten, und wir brauchen auch keine Euphemismen mehr. Die Landesregierung kolportiert in der Presse, dass sie in NRW keine Zelte betreiben würde. Entschuldigen Sie, aber das ist mehr als dreist, ach das ist einfach lächerlich!!

Nennen sie denn jetzt Zirkuszelte in Zukunft auch „Zirkusleichtbauhallen“?

Es geht ja nicht darum, ob die Dinger einen Sturm aushalten, sondern darum, dass das Leben außerhalb der Feldbetten im Freien stattfindet, weil man in diesen Zelten nichts hat außer einem Spind und einem Bett, dass es keine Privatsphäre gibt, dass die Hygiene in Containern stattfindet und dass Schutzsuchende z. B. in der Zeltstadt in Köln-Chorweiler diesen Zustand



nicht nur ein paar Tage ertragen müssen, sondern zum Teil wochenlang dort bleiben. Und wenn sie dann an die Kommune weitergeleitet werden, landen dieselben Menschen wieder in Zelten, und zwar in solchen der Kommune. Oder in Turnhallen.

Die Kommunen bekommen auch keinerlei Angaben, was für besondere Bedürfnisse der Einzelne hat. Es sind zum Teil aber Kranke, Traumatisierte, Vergewaltigungsoffer dabei, die Sie da in Massenunterkünften stecken. Viele Schutzsuchende sind unter 18 Jahre alt. Was ist mit Kinderrechten? Gelten diese in NRW nicht für Flüchtlingskinder?

DESHALB: „Nicht über Standards in Unterkünften zu sprechen kann keine Antwort auf die aktuelle Herausforderung sein!“ Nur mit Standards schaffen wir es auf Dauer, die Kosten zu senken, die Menschen human aufzunehmen und sie zu integrieren.

Nur mit Standards verhindern wir, dass Folgekosten entstehen, weil die Unterbringung in Massenunterkünften krank macht. Aber anstatt für Standards zu sorgen, werden die Kommunen auch zukünftig nicht verpflichtet, die nun mehr auskömmlichen 10.000 Euro pro Flüchtling und Jahr – die es im nächsten Jahr geben wird – in eine menschenwürdige Unterbringung zu stecken. Als Argument führen sie wie immer Konnexität an. Ich kann das Sprichwort von dem „wer bestellt muss auch bezahlen“ langsam nicht mehr hören.

Es fehlt ihnen der Wille für einen echten Paradigmenwechsel: Das sieht man auch daran, dass die im Flüchtlingsausnahmegesetz vorgesehen Mittel für die soziale Betreuung in den Kommunen bei der letzten Novellierung gekürzt wurden: 3,8 Prozent statt 4,5.

Ein Lichtblick: mehr als ein Jahr nach der Schande von Burbach bekommt der Flüchtlingsrat nun endlich mehr Geld. Seit Burbach ist er neben anderen Flüchtlingsinitiativen aus gutem Grund Dauergast im Innenministerium. Allein der Mehraufwand, der dadurch entstanden ist, zeigt, dass die Erhöhung mindestens ein Jahr zu spät kommt.

Die Flüchtlingszahlen steigen seit Jahren, aber die Gelder für Beratung und Unterstützung stagnierten. Dabei ist die Arbeit der Initiativen unschätzbar wertvoll, und wir möchten uns noch mal dafür bedanken, dass sie sich der Belange der Schutzsuchenden seit Jahren annehmen.

Und – es scheint nun auch endlich so, dass das nach Burbach versprochene überregionale Beschwerdemanagement im nächsten Jahr endlich implementiert werden soll.

Ihr Haushalt für 2016 setzt nun endlich ihre eigenen Versprechungen um, die sie nach der weltweit beachteten Schande von Burbach, Bad Berleburg, Essen und Co. ausgesprochen haben.

Wo das Beschwerdemanagement im Haushalt etatisiert ist und wie konkret es ausgestaltet soll, steht aber nirgendwo. Wir können nur hoffen, dass nicht der Flüchtlingsrat von seinen immer noch geringen Mitteln die Beschwerdestelle mitfinanzieren muss.

Wir haben deshalb einen Änderungsantrag in die Haushaltsberatungen eingebracht, der sicherstellt, dass ein überregionales Beschwerdemanagement diejenigen Mittel bekommt, die es für diese wichtige Aufgabe braucht.



Das Beschwerdemanagement sollte insbesondere strukturelle Mängel in den Unterbringungseinrichtungen identifizieren und für nachhaltige Besserung sorgen. Gut mit Personal ausgestattet könnte es zusätzlich auch für Helferinnen und Helfer ein Ansprechpartner sein.

Denn was ihnen – liebe Landesregierung – anscheinend endlich klar geworden ist: Es braucht mehr Vernetzung! Erfahrungswissen und Best-Practice-Beispiele aus den Kommunen sollten an einer zentralen Stelle gesammelt und ausgetauscht werden z. B. durch ein moderiertes Flüchtlingsforum. Dort können Fragen professionell beantwortet und Aktiven in ganz NRW der Austausch ermöglicht werden.

Auch wird es Zeit, dass die Landesregierung einen Leitfaden oder eine Handlungsempfehlung für die humane Unterbringung in den Kommunen herausgibt.

Es wird Zeit, dass diese Eckpunkte in den eigenen Aufnahmen umgesetzt werden, aber auch an die Kommunen weitergeleitet werden.

Es wird Zeit, dass Kommunen, die humane Konzepte der Unterbringung verfolgen, belohnt werden, anstatt ihnen dieselbe Zuwendung zukommen zu lassen, wie den Kommunen, die sich durch ihre Form der Unterbringung Schimmelpreise verdient haben.

Leider haben sie alle unsere Haushaltsanträge, die eine Neukonzeption der Flüchtlingsaufnahme fördern würden, abgelehnt.

Stattdessen erhöhen Sie einfach den Titel für Rückführungen auf insgesamt 17,9 Millionen Euro. Wussten Sie, dass die Lebenserwartung von Roma im Westbalkan bei 39,02 Jahren liegt? Sie nehmen hier sehenden Auges Menschenrechtsverletzungen, wenn nicht noch mehr in Kauf.

Nächstes Jahr planen sie Massenabschiebungen. Dennoch speisen sie den Posten „Abschiebebeobachtung“ mit 30.000 EUR ab. Dabei brauchen wir mehr denn je Kontrolle bei den Abschiebungen. Meine Damen und Herren von den Grünen, wo finde ich Spuren der grünen Flüchtlingspolitik in diesem Haushalt? Ja, das war eine rhetorische Frage. Es gibt schon seit Jahren keine grüne Flüchtlingspolitik mehr in NRW!

Schon immer waren viele Flüchtlinge in NRW schlecht untergebracht und durften teilweise nicht integriert werden, sie sollten laut Gesetz in Massenunterkünften leben. „Abschreckung statt Aufnahme“ hat die Probleme nur verschärft. Denn die „alten“ Flüchtlinge sind noch da und es keinen Platz für die neuen Flüchtenden. Dass man so wenig wie möglich für die Flüchtlingsaufnahme getan hat, rächt sich, wenn die Flüchtlingszahlen steigen.

Diskriminierende Gesetze und Sonderbehandlungen haben den Umstand befördert, dass Teile der Bevölkerung Hilfesuchende als Menschen zweiter Klasse wahrnehmen. Flüchtlingsfeindliche Straftaten in NRW befinden sich Quantitativ und Qualitativ auf einem erschreckend hohen Niveau.



Auch zu diesem wichtigen Thema haben wir Vorschläge unterbreitet, die sie - ohne Erklärung - abgelehnt haben.

Hürden bei der Integration müssen ab- und nicht aufgebaut werden. An dieser Aufgabe muss auch fiskalisch gearbeitet werden, gerade aufgrund der Herausforderungen durch die aktuell steigenden Flüchtlingszahlen.

(Innen)

Wir wollen die Menschen, die zu uns nach NRW geflüchtet sind, willkommen heißen und sie in die Lage versetzen, ihren Weg in unsere Gesellschaft zu finden. Und diese Gesellschaft, so bekräftigen wir in diesem Hause am laufenden Band, soll eine freie und offene Gesellschaft sein.

Leider spricht ihr Handeln und ihre Politik eine andere Sprache. In Ihrer Resolution nach den Anschlägen in Paris fordern Sie versammelt de facto den völkerrechtswidrigen Kriegseinsatz in Syrien.

Mit der Forderung nach Gewalt aber kommen wir doch nicht weiter – wenn wir Frieden fordern, müssen unsere Handlungen dies auch widerspiegeln.

Dann führen Sie in der Resolution allen Ernstes aus:

„Wir fordern alle demokratischen Kräfte auf, für unsere offene und freiheitliche Gesellschaft einzustehen und mit Besonnenheit und rechtstaatlicher Entschlossenheit zu handeln.“ Wie sieht Besonnenheit und rechtstaatlicher Entschlossenheit bei Ihnen aus?

Liebe Kollegen der SPD, Ihr Genosse Lischka hat sich ja dahingehend besonders besonnen aus dem Fenster gelehnt.

Erweiterte Überwachungsmöglichkeiten in der Terrorabwehr, mehr Befugnisse für einen undurchsichtigen Verfassungsschutz, und – da packt man sich wirklich an den Kopf – Überwachungsdrohnen für Terrorverdächtige. Sollen diese Drohnen dann auch wie in Pakistan mit Waffen bestückt und von Militär in Ramstein geflogen werden?

Das wäre wenigstens konsequent und würde uns in Deutschland einen Eindruck vermitteln, welche Art Krieg in anderen Ländern Alltag ist. Und wieso so viele Menschen aus ihren Heimatländern fliehen müssen.

Aber wir müssen gar nicht zu Ihrem „Innenexperten“ im Bund schauen, um zu sehen wes Geistes Kind Sie sind, liebe Kollegen von der SPD. Und Sie, werte Kollegen von den Grünen, machen ja auch gerne mit.

Dieses Jahr hat NRW dem Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung im Bundesrat zugestimmt. Nicht einmal enthalten haben Sie sich, die Grünen! Es ist schon witzig: Wird sich von Ihnen nun noch jemand der erfolgreichen Verfassungsklage anschließen? Zuzutrauen wäre es Ihnen auf jeden Fall.



Erneut erhöhen Sie auch den Etat für Telekommunikations-Überwachungsmaßnahmen, sprich für Abfragen von Vorratsdaten und Funkzellen sowie für Stille SMS.

Sie bescheren uns damit den **dauerhaften Ausnahmezustand auf Kosten unserer Grundrechte!!** Sie stellen die gesamte Bevölkerung unter Generalverdacht!

Wir Piraten werden nicht müde Ihnen Alternativen ans Herz zu legen. Deswegen haben wir eine alternative Resolution und Haushaltsänderungsanträge eingebracht, die unsere Visionen darlegen. Investieren Sie in eine Polizeiarbeit, die grundrechtsbewusst, faktenbasiert und verhältnismäßig ist!

Mehr und mehr Überwachung; mehr und mehr Repression helfen nicht, sie wirken nur als Brandbeschleuniger. Die Radikalisierten fühlen sich in ihrer Andersartigkeit bestärkt. Sie fühlen sich als Opfer eines unterdrückenden, nicht rechtstaatlich agierenden Staates.

Und Sie, Kolleginnen und Kollegen von gelb-magenta bis grün, Sie geben den Behauptungen der Rattenfänger auch noch recht.

Erinnern Sie sich: Die CDU rief mit ihrem letzten Antrag vor zwei Wochen sogar offen zum Verfassungsbruch auf, indem sie die Überwachung von Kommunikationsinhalten der Gesamtbevölkerung forderte!

Oder die FDP: Die will seit ihrem magentafarbenen „total-make-over“ der CDU den Rang ablaufen bei „Law-and-Order“. Ich erinnere an Diskussionen zur Schleierfandung oder an Ihr Vorhaben gegen Salafisten im Innenausschuss.

Meine Damen und Herren, wir Piraten fordern Sie auf: Besinnen Sie sich eines Besseren. Wie fragil unsere Demokratie und wie wichtig es ist die Freiheitsrechte hochzuhalten, sehen wir doch in Frankreich.

Statt einer Erklärung zitiere ich hier einen viel beachteten Beitrag bei Twitter: „Liebe Politiker. Schaut ihr euch Frankreich an? So schnell kanns gehen, dass eine rechtsradikale Partei Zugriff auf Vorratsdaten bekommt.“ Wohlgermerkt, dieser Tweet wurde nach dem ersten Wahlgang versendet, aber mir wird Angst und Bange, wenn ich gestern die Nachricht mitbekomme, dass die bayrische Landesregierung erwägt, Vorratsdaten für den dortigen Verfassungsschutz einzuführen.

Nochmal: So schnell kann es gehen, dass rechtspopulistische Kräfte Zugriff auf Vorratsdaten haben.

Was wir brauchen ist eine gut ausgestattete, hochwertige und vor allem verdachtsbezogene Polizeiarbeit. Diese müssen wir fördern. In unserer Resolution haben wir deutlich gemacht:

Unabhängige Forschungsgruppen müssen analysieren, welche Schwachstellen es in unserer Sicherheitsarchitektur in NRW, Deutschland und der EU gibt. Einige der Täter in Paris waren bereits polizeibekannt und in einer der sog. „Terrordateien“. Leider sind diese Dateien in der Regel so überfüllt vor allem mit unbescholtenen Bürgern, die einfach nur zur falschen Zeit am



falschen Ort waren, dass man in diesen polizeilichen Datensammelbecken die Nadel nicht mehr im Heuhaufen finden kann.

Diese Überwachungsinstrumente und Datenbanken gilt es kritisch zu hinterfragen. Dazu haben wir Anträge eingebracht. Setzen Sie eine unabhängige wissenschaftliche Forschungsgruppe darauf an, unsere Sicherheitsarchitektur kritisch zu hinterfragen:

Wieso sind die Täter von Terroranschlägen in der Regel bereits polizeibekannt? An welcher Stelle verlieren wir sie? Wo verschwinden sie vom Radar? An welchen Stellen müssen wir – mit rechtsstaatlichen – Mittel nachjustieren?

Nicht die Polizei soll sich selber prüfen: Wir brauchen unabhängige Forschung. Natürlich wollen Polizeigewerkschaften und Sicherheitslobbyisten mehr, mehr und mehr Befugnisse und Instrumente. Aber: Viel hilft nun einmal nicht viel.

Die wenigen unabhängigen Forschungsprojekte zeichnen ein enttäuschendes Bild dieser Maßnahmen.

Herr Minister Jäger, sie befürworten diese Praktiken auf Kosten unserer Rechte, auf Kosten von Haushaltsmitteln, die man an anderer Stelle, z.B. präventiver Arbeit an Schulen, in der Kultur, in schwierigen Stadtteilen besser anwenden könnte. Und zu guter Letzt auf Kosten solider Polizeiarbeit.

Wir sind für eine grundrechtsbewusste, faktenbasierte und verhältnismäßige Polizeiarbeit!

Nicht für undurchsichtige Geheimdienste, Massenüberwachung und Repression, die Radikalisierungstendenzen eher noch bestärken.

Dazu brauchen wir im Übrigen auch endlich genug Ressourcen für die Landesdatenschutzbeauftragte. Dieser fehlen nämlich Mitarbeiter, um lange liegengebliebene Überprüfungen vorzunehmen, zum Beispiel die der angesprochenen Datenbanken.

Dahingehend hat das Bundesverfassungsgericht deutlich gemacht: Wer Verbunddateien will – und davon haben wir ja inzwischen einige – der muss auch ausreichend Ressourcen für die datenschutzrechtlichen Überprüfungen bereitstellen.

Und da hilft es auch nicht weiter, wenn Sie zehn neue Stellen für die Umsetzung der EU-Datenschutzreform schaffen. Das sind Tropfen auf dem heißen Stein und das wird Ihre haushalterische Untätigkeit in den letzten Jahren nicht ausbügeln können.

(Kultur)

Ich habe gerade von Prävention durch Kultur gesprochen, ich möchte daher zuletzt noch darauf eingehen, warum wir unsere Anträge zur Verdopplung wichtiger Titel im Kulturhaushalt gestellt haben.



Wir Piraten wollen ganz deutlich machen, dass Kultur, Bildung, die Begegnung im kulturellen Möglichkeitsraum – dort wo Neues und Fremdes als positiv und erfrischend betrachtet wird – eine der wichtigsten präventiven Maßnahmen gegen Faschismus, Extremismus und Terror ist.

Über Musik, Kunst und Kultur tauschen sich Menschen schneller aus als in politischen Debatten. Das liegt auch daran, dass im kulturellen Raum eine gewisse Unbeschwertheit herrscht, die es in der Politik nicht wirklich gibt. Hier kann etwas mehrdeutig sein, es muss nicht sofort gleich etwas entschieden werden. Weniger Schwarz/Weiß. Kultur und Kunst leben von den Graustufen, dem Regenbogen zwischen Entweder und Oder.

Diese Tatsache hat die Regierung in Italien verstanden und will dies zur Terrorbekämpfung und Eindämmung von Extremismus nutzen. Dort soll jetzt eine zusätzliche Milliarde Euro für die Kultur und kulturelle Bildung ausgegeben werden. Auch wenn die italienische Ausführung des Konzepts mit dem Titel „Kultur gegen Terror“ noch nicht optimal ist, die Idee an sich ist ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Denn eines muss festgestellt werden: Die Morde vom 13. November waren auf den kulturellen Möglichkeitsraum konzentriert. Unbeschwerte Menschen die im Nachtleben und auf kulturellen Veranstaltungen unterwegs waren wurden angegriffen und ermordet.

Unsere demokratische, vielfältige und aufgeklärte Gesellschaft wurde im Kern getroffen. Daher müssen wir mit mehr von diesem Kern antworten. Damit die Unbeschwertheit, die Früchte einer Kultur die wir uns leisten können und müssen, für mehr Menschen zugänglich wird.

Über Zugang und Teilhabe sichert man Menschenleben. Leben, Lebensfreude und Lebensläufe. Jenseits von Taschengeldern, ALG II-Sätzen oder beruflichen Werdegängen.

Teilhabe beugt Furcht vor. Furcht, die jetzt schon zu Wut und Hass geführt hat. Dieser Hass hat hier in Deutschland schon einmal zu unsäglichem Leid geführt. Dieser Hass führt weltweit akut zu so viel Leid, dass Millionen und Millionen an Menschen auf der Flucht sind.

Daher müssen wir jetzt zeigen, wie eine Katastrophe abgewendet werden kann. Auch wenn es nur in letzter Minute geschieht. Es ist möglich!

Es ist möglich im Angesicht einer drohenden globalen Katastrophe, da aufzustocken, wo Zivilisation, Verständigung und Demokratie zu Hause sind. Und das zu einem vergleichbar günstigen Preis. Unsere Forderungen im Kulturhaushalt sind ein vergleichsweise kleiner Posten im Gesamthaushalt. Aber diese Mittel sind gut angelegt!

Wir sind es den Menschen in unserem Land schuldig, mehr präventive Maßnahmen zu ergreifen, statt nur noch mehr Geld zu geben für Geheimdienste, Armee, Polizei und Waffen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen mit dieser Rede unsere Lösungsansätze für einen guten Haushalt mitgeteilt.



Ihrem Haushalt mangelt es an Investition, Innovation und Integration. Dies sind aber die Säulen der Zukunft, daher wird es die Menschen in NRW nicht verwundern, wenn wir dem Haushaltsentwurf der Landesregierung nicht zustimmen.

Unsere konstruktiven Haushaltsänderungsanträge sind allesamt in herablassender Weise von ihnen abgelehnt worden. Selten zuvor war in einem Haushalt so viel Kapital verfügbar, um einmal ernsthaft die Politik der ausgestreckten Hand in Erwägung zu ziehen, die sie hier immer wieder propagiert haben.

Umso entlarvender ist das destruktive Verhalten der regierungstragen Fraktionen gewesen.